



Ausschussdrucksache 21(16)107-F

(02.03.2026)

Stellungnahme

Holger Becker
Gesellschaft für FORTSCHRITT in FREIHEIT e.V.

Öffentliche Anhörung

zum

Gesetzentwurf der Bundesregierung

**Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Weiterentwicklung der
Treibhausgasminderungs-Quote (THG-Quote)**

BT-Drucksache 21/4083

am 4. März 2026

Dem Ausschuss ist das vorliegende Dokument in nicht barrierefreier Form zugeleitet worden.

Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Weiterentwicklung der Treibhausgasminderungs-Quote (THG-Quote) BR-Drs. 778/25

Gutachterliche Stellungnahme zum Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Weiterentwicklung der Treibhausgasminderungs-Quote (THG-Quote) BR-DRS. 778/25

vorgelegt von Herrn KFZ-Technikermeister Holger Becker

Es werden für die Umsetzung der EU-Richtlinie RED III in nationales Recht ambitioniertere, technologieoffene Maßnahmen gefordert. Klimaziele müssen im Verkehrssektor erreicht werden, und unsere Wirtschaft muss dabei geschützt bzw. gefördert werden.

1. Industrielle Produktion braucht Planungssicherheit und ambitioniertere Quoten (RED III)

Kernaussage: Ohne deutlich höhere Quoten für erneuerbare Kraftstoffe entstehen keine Investitionen.

Erläuterung: Großindustrielle Anlagen für erneuerbare Kraftstoffe benötigen hohe Investitionen mit 20–30 Jahren Planungshorizont. Dafür braucht es sichere Nachfrage. Gefordert werden u. a.:

- Mindestens 5 % RFNBO bis 2030, 24 % bis 2040
- Höhere Obergrenzen für Bio-Kraftstoffe
- Anhebung der THG-Quote auf 59 % bis 2040 (positiv bewertet)

Nur ambitionierte Quoten schaffen industriepolitische Signale und sichern Wertschöpfung in Deutschland.

2. Internationale Konkurrenz

Kernaussage: Europa droht den Anschluss zu verlieren.

Erläuterung: China, Indien und Brasilien verfolgen technologieoffene Strategien. Über 50 % der weltweiten Elektrolysekapazitäten entstehen in China. Deutschland muss ambitionierter vorgehen, um industrielle Wertschöpfung zu sichern.

3. Deutschland bleibt auf Energieimporte angewiesen – flüssige Energieträger sind unverzichtbar

Kernaussage: Ein funktionierender globaler Handel mit flüssigen erneuerbaren Energieträgern ist zwingend notwendig.

Erläuterung: Deutschland importiert bereits heute rund den deutlich überwiegenden Anteil seiner benötigten Energie. Auch in Zukunft – selbst bei Klimaneutralität – werden große Energiemengen importiert werden müssen. Der direkte Transport von reinem Wasserstoff ist technisch aufwendig und teuer. Praktikabler sind chemisch gebundene, flüssige Energieträger (z. B. Methanol, synthetische Kraftstoffe, Ammoniak), da sie hohe Energiedichte besitzen und vorhandene Infrastruktur genutzt werden kann. Diese sogenannten reFuels (inkl. eFuels) sind daher essenziell für einen bezahlbaren Weltenergiehandel.

4. Erneuerbare Energien reichen in Deutschland nicht aus

Kernaussage: Deutschland produziert zu wenig erneuerbare Energie, um Klimaziele und wirtschaftliche Stärke gleichzeitig zu sichern.

Erläuterung: Der gesamte Endenergiebedarf Deutschlands liegt deutlich über der heutigen Stromproduktion. Nur ein vergleichsweise kleiner Teil davon ist erneuerbar. Gleichzeitig sollen Verkehr, Industrie, Wärme und Teile der Chemie massiv elektrifiziert werden (E-Mobilität, Wärmepumpen, Wasserstoff, grüner Stahl etc.). Das prognostizierte Wachstum beim Ökostrom reicht dafür nicht aus. Daraus ergibt sich eine strukturelle „Stromlücke“. Deutschland bleibt daher langfristig Energieimportland.

5. Energiespeicherung und Versorgungssicherheit sind ohne flüssige Energieträger nicht realistisch

Kernaussage: Batteriespeicher reichen nicht aus – große Energiemengen müssen chemisch gespeichert werden.

Erläuterung: Zur Überbrückung von Dunkelflauten wären Speicher in der Größenordnung von 100 TWh notwendig. Nationale Energiereserven liegen im Bereich einer PWh. Batteriespeicher wären dafür extrem teuer, ressourcenintensiv und technisch unzureichend. Selbst optimistische Szenarien sehen für die nächsten 20-30 Jahre nur minimale Großspeicherkapazitäten von wenigen Stunden. Flüssige oder gasförmige Energieträger hoher Energiedichte sind daher alternativlos für Krisenvorsorge, Resilienz und Bezahlbarkeit.

6. Der Verkehrssektor hat eine zentrale Bedeutung für den Klimaschutz

Kernaussage: Verbrennerfahrzeuge dominieren weiterhin – daher sind erneuerbare Kraftstoffe entscheidend.

Erläuterung: > 97 % der der gefahrenen km werden in Deutschland mit Verbrennungsmotoren gefahren. Auch bei den Neufahrzeugen überwiegen noch Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren deutlich. Selbst bei starkem Elektro-Hochlauf bleibt der Bestand über Jahrzehnte relevant. Eine Fokussierung nur auf Luft- und Schifffahrt wäre klimapolitisch nicht ausreichend. Der größte reale THG-Minderungseffekt liegt im Straßenverkehr durch den Einsatz erneuerbarer Kraftstoffe.

7. Ablehnung von Mehrfachanrechnungen (z. B. Ladestrom)

Kernaussage: Mehrfachanrechnung führt rechnerisch zu weniger erneuerbaren Kraftstoffen – faktisch zu einer geringeren Reduktion fossiler Kraftstoffe.

Erläuterung: Die geplante Dreifachanrechnung von Ladestrom für E-Fahrzeuge reduziert rechnerisch den Bedarf an erneuerbaren Kraftstoffen. Real sinkt dadurch aber faktisch nicht die fossile Kraftstoffmenge und die CO₂ Emission in gleichem Maße. Dies wird als klimaschädlich und nicht Paris-konform bewertet.

8. Technologieoffenheit durch Betrachtung des jeweiligen Systems in der Gesamtkette

Kernaussage: CO₂ wirkt global. Die CO₂-Bewertung muss daher ganzheitlich erfolgen.

Erläuterung: Die derzeitige Fokussierung auf reine Abgasemissionen ignoriert Produktions- und Systememissionen an anderen Orten. Eine Paris-konforme Politik muss alle Emissionen entlang der gesamten Wertschöpfungskette global berücksichtigen. Eine Elektrifizierung ohne eine vollständige Systembetrachtung ist unzureichend.

9. Förderung dezentraler Strom- und Wärmeerzeugung durch Kraft-Wärme-Kopplung basierend auf Erd- und/oder Biogas

Kernaussage: Erd- und/oder Biogas betriebene Blockheizkraftwerke sollen massiv gefördert werden.

Erläuterung: BHKW nutzen Gas effizienter, da gleichzeitig Strom und Wärme erzeugt werden (Kraft-Wärme-Kopplung). Vorteile:

- Höherer Gesamtwirkungsgrad
- Entlastung der Stromnetze
- Flexible Zuschaltbarkeit bei Strombedarf
- Nutzung von Pufferspeichern bei Stromüberschuss

Dies stärkt Versorgungssicherheit und Effizienz im Gebäudesektor. Aufgrund der signifikanten Stromlücke im Winter und des hohen Investitionsbedarf dies mit Kraftwerken abzudecken, können BHKW zur Entlastung der Stromversorgungssituation führen. Auch ein betrieb mit Wasserstoff ist ohne signifikanten Mehraufwand möglich

10. Abschaffung der E5-Vorhaltepflcht

Kernaussage: E5-Super soll nicht mehr verpflichtend an Tankstellen angeboten werden.

Erläuterung: Der tatsächliche Bedarf liegt unter 1 %. Verbraucher können auf Super Plus ausweichen. Der freiwerdende Platz würde alternative Kraftstoffe ermöglichen:

- HVO100: bis zu 96 % CO₂-Reduktion gegenüber Diesel
- E20: ca. 5 Mio. Tonnen CO₂-Einsparung gegenüber E5

Dies würde eine sofortige THG-Quotenerhöhung bei Kraftstoffen für den aktuellen Fahrzeugbestand ermöglichen.

11. Förderung von Autogas (LPG)

Kernaussage: Autogas sollte wieder politisch unterstützt werden.

Erläuterung: Autogas reduziert CO₂ um ca. 10 % gegenüber Benzin(unter Einbeziehung der Herstellungskette sind es über 20%). Es ist ein flüssiger Kraftstoff mit hoher Energiedichte, hoher Oktanzahl und geringeren Luftschadstoffen. Es bietet hohe Reichweiten und erhöhten Wirkungsgrad – besonders als Übergangstechnologie.

Auch dies würde eine sofortige THG-Quotenerhöhung bei Kraftstoffen für den aktuellen Fahrzeugbestand ermöglichen.

Gesamtfazit

Es wird eine technologieoffene, industriepolitisch ambitionierte und sozialverträgliche Umsetzung der EU-Richtlinie Renewable Energy Directive III in deutsches Recht gefordert.

Zentrale Botschaft: Ohne flüssige und gasförmige erneuerbare Energieträger hoher Energiedichte ist eine Paris-konforme, wirtschaftlich tragfähige und versorgungssichere Energiewende nicht realisierbar.

Es darf bei allen Maßnahmen und deren Umsetzung die Realisierbarkeit und die weltwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit nicht außer Acht gelassen werden.

Elektrifizierung allein reicht nicht aus – erforderlich ist ein integrierter, global orientierter und industriepolitisch abgesicherter Ansatz.